

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 100 (2005)
Heft: 4

Artikel: Studie des Bundes bestätigt es : Umweltpolitik ist wirtschaftlich
Autor: Badilatti, Marco
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-176167>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Studie des Bundes bestätigt es:

Umweltpolitik ist wirtschaftlich

pd. Wirtschaftliches Gedeihen ist auf Dauer nur in einer intakten Umwelt möglich. Dies geht aus sechs Studien hervor, die unabhängige Experten in Erfüllung eines parlamentarischen Vorstosses für das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) ausgearbeitet haben. Demnach konnten zum Beispiel zwischen 1970 und 2002 dank lufthygienischer Massnahmen Gesundheitsschäden von 16 Mrd. Franken vermieden werden. Umgekehrt werden noch immer jedes Jahr Kosten von 9,7 Mrd. Franken statt von den Verursachern von den Steuerzahlern getragen.

Intakte natürliche Ressourcen bilden einen Grundpfeiler für die Wirtschaft unseres Landes. Indes: Der Schutz der Güter Luft, Wasser, Boden, Landschaft, Wald und Ruhe wird oft nur als Kostenfaktor wahrgenommen. Unabhängige Experten haben deshalb im Auftrag des BUWAL Fragen geklärt wie: Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hat der Umweltschutz? Welche Rolle spielt das Wirtschaftswachstum für die Umwelt? Hat sich das Verursacherprinzip durchgesetzt? Begleitet wurden die Untersuchungen

vom BUWAL sowie von Vertretern des seco, der economiesuisse, der Universität Genf und der Kantone (Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK).

Umweltschutz hilft Kosten sparen

Erarbeitet wurden sechs Studien mit Schwerpunkten wie Verursacherprinzip, Wettbewerbsfähigkeit und Finanzmärkte im Zusammenhang mit Umweltschutz. Die wichtigsten Erkenntnisse und Folgerungen sind in einem Synthesebericht des BUWAL zusammengestellt:

- Umweltschutz-Anstrengungen verbessern die Lebensqualität und vermeiden Kosten: Zwischen 1970 und 2002 konnten zum Beispiel rund 16 Mrd. Franken Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung vermieden werden.
- Die Wertschöpfung von Privaten und Unternehmen im Umweltschutz beträgt in der Schweiz jährlich 6,7 Milliarden Franken. Würde man das Geld statt in Umweltschutz anders investieren, wäre das Bruttoinlandprodukt nicht höher, die Beschäftigung aber um 13'000 Vollzeitstellen tiefer. Der Grund: Umweltschutz ist arbeitsintensiver als der Durchschnitt der übrigen Wirtschaftssektoren.
- Die Umsetzung des Verursacherprinzips macht Fortschritte (z.B. Abfall, Gewässerschutz). Dennoch werden noch immer jährlich 9,7 Milliarden Franken statt von den Verursachern von der Allgemeinheit getragen; dies wirkt wie eine Subventionierung der Umweltbelastung. Die Experten empfehlen, die Marktkräfte verstärkt zu nutzen, etwa mittels handelbarer Zertifikate, Lenkungsabgaben oder verursachergerechter Gebühren für staatliche Leistungen.

Laut einer Bundesstudie sind in den Kantonen immer noch zu grosse Baulandreserven ausgeschieden (Bild SHS)

Selon une étude fédérale, les réserves de zones à bâtir dans les cantons restent beaucoup trop grandes (photo Ps)

• Die Finanzmärkte bergen ein bislang noch zu wenig ausgeschöpftes Potenzial, um positiv Einfluss auf die Nachhaltigkeit der Wirtschaft nehmen zu können. So können beispielsweise Pensionskassen ihrer Kundschaft umweltorientierte Vorsorgepläne resp. Anlage-Varianten anbieten und sich so als umweltbewusste Partner profilieren.

• Ideal wäre es, wenn die Wirtschaft wachsen würde, ohne dass zugleich die Umweltbelastung zunähme. Eine solche Entkopplung hat bisher bei der Luftqualität durch die Reduktion wichtiger Schadstoffe oder bei der Wasserqualität durch den Bau von Kläranlagen stattgefunden, nicht aber zum Beispiel beim Energieverbrauch oder bei den Siedlungsflächen. Die Literatur zeigt klar, dass die Entkopplung nicht von selbst, sondern nur mittels einer aktiven Umweltpolitik zu erreichen ist.

Die Forschungsergebnisse bestärken das BUWAL darin, weiterhin auf marktwirtschaftliche Instrumente und auf Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu setzen.

Den Dialog vertiefen

Die Studien wurden aus einer gesamtwirtschaftlichen und langfristigen Optik heraus erstellt; aktuell politisch diskutierte Fragen wie z.B. Verbandsbeschwerderecht, Umweltverträglichkeitsprüfung oder Vollzug des Umweltrechts sind nicht Gegenstand des Berichts. Die Ergebnisse werden in den laufenden Dialog mit der Wirtschaft und anderen Interessierten einfließen. Das BUWAL will diesen Dialog, der auch die erwähnten aktuellen Themen einbezieht, beispielsweise in Form von Tagungen intensivieren.

Schreckliche Vereinfacher

Die politische Demagogie der Rechtsparteien scheint leider auch in der Mitte um sich zu greifen. So stilisiert zum Beispiel die FDP des Kantons Zürich, im Zusammenhang mit der von ihr ausgeheckten Volksinitiative zur Einschränkung des Beschwerderechts für Umweltorganisationen, in allem Ernst die Verbandsbeschwerde zu einer Hauptursache der Wirtschaftsflaute empor. Ob derartigem Unsinn lachen selbst die Kröten im Katzensee! So müssen sich gewisse Exponenten nicht wundern, wenn der Partei bisher wohlgesinnte Menschen ihr den Rücken kehren. Das sollte ihnen umso mehr zu denken geben, als ihren «Terribles simplificateurs» nicht im Geringsten bewusst zu sein scheint, dass bedeutende Umweltorganisationen der Schweiz einst von liberal gesinnten Persönlichkeiten aus ihrer Mitte gegründet, getragen und geleitet worden sind und dass auch wesentliche Errungenschaften des Umweltrechts auf deren Vorarbeit zurückgehen.

Marco Badilatti